

22.1.2003

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



NATO-SICHERHEITSKONFERENZ IN MÜNCHEN

100 Milliarden für neue Waffen!

Die Welt startet auf den US-Aufmarsch gegen den Irak. Aus Berlin und aus Kreuth kommen mehr oder weniger ablehnende Parolen. Die Europäische Union ist auch dagegen, der Papst sagt Nein. Können wir uns zurücklehnen, wo doch unsere Herren sich so friedliebend geben?

Dabei ist Deutschlands Truppe weltweit an Kriegsschauplätzen präsent: In Bosnien noch mit unschuldigem blauen UN-Helm, im Kosovo und Mazedonien schon als Protektormacht, in der Golfregion mit Spürpanzern, im Indischen Ozean mit Fregatten, im Nahen Osten mit AWACS-Spionagefliegern. Und in Afghanistan ist das KSK (Kommando Spezialkräfte) im Bodeneinsatz. „Hinter den feindlichen Linien“ lautet sein Auftrag (1). Da geht es nicht mehr um aufklärende und logistische Unterstützung wie im Balkankrieg, sondern um das Wir-wollen-auch-richtig-dabei-sein! Auch, um bei der Aufteilung der Beute was abzukriegen. Und sei es fürs Erste, dass deutsche Bauunternehmer schon im Land am Hindukusch sind. Der weltweite Bundeswehreininsatz kostet übrigens 1 Million Euro am Tag ...

Die Claims sollen neu abgesteckt werden

Sogar die US-Stiefel-Lecker in den Unionsparteien haben es geschnallt: Die Herrschenden in unserem Land wollen den Irak-Krieg nicht. Der deutsche Imperialismus fühlt sich stark genug, es abzulehnen, für die US-Ölkonzerne in den Krieg zu ziehen.

Im Fall Irak sind also die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 Makulatur, in denen der Auftrag der Bundeswehr

so benannt ist: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zu-

gangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“.

Mit dem Sinn nach der weiten Welt werden indes die Einsatzkräfte der Bundeswehr auf 150.000 aufgestockt. 100 Milliarden Euro werden in den nächsten 15 Jahren in die Rüstung gesteckt. Eine Division für Luftlandeoperationen (DLO) braucht den Truppentransporter A400M (8,6 Mrd. Euro) und den hinein passenden Schützenpanzer (2 Mrd. Euro). Eine Division für Spezialoperationen (DSO) braucht den Kampfhubschrauber Tiger (1,1 Mrd. Euro). Eurofighter, neue Fregatten usw. usw. Es ist kein Geld da für die verdickten KollegInnen, die 3 Prozent forderten?



WEU statt Nato

Doch die Großmachtspläne erschöpfen sich nicht in der Anhäufung von Hi-Tech-Schrott. Neue Militärbündnisse entstehen. Die NATO hat ausgedient, auch wenn noch euphorisch deren Osterweiterung gefeiert wurde. Wichtiger ist, dass die EU sich den Osten Europas einverleibt! Und der wirtschaftlich Stärkste an der Spitze, die BRD, schreit am lautesten danach. (Diese Ausweitung des EU-Wirtschaftsgebietes ist ja einer

Fortsetzung auf Seite 2

EIN TEUTSCHER MINISTERPRÄSIDENT

Vorsicht vor Herrn Koch!

Es ist Mode geworden, mit Vergleichen aus dem Faschismus in gegenwärtigen Auseinandersetzungen die Verbrechen des deutschen Faschismus so auf den Kopf zu stellen, dass letztendlich keiner mehr wissen soll, was dieser Faschismus eigentlich war und bedeutet hat. Herr Koch, derzeit hessischer Ministerpräsident, allen auch bekannt durch seine rassistische Kampagne gegen die doppelte Staatsange-

hörigkeit, hat dem nun eine neue Variante hinzugefügt.

Ein ungeheuerlicher Vergleich

Kaum rührten sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes etwas, um ihren bescheidenen Forderungen in der Tarifauseinandersetzung mehr Gewicht zu ge-

Fortsetzung auf Seite 8

Zur Münchner Sicherheitskonferenz - Unterschriftensammlung 3/4

Tarifrunde Öffentlicher Dienst: Den Erfolg verschenkt 5

Zur Gesundheitsreform: Gesundheitspolitik statt Krankheitspolitik 7

Fortsetzung von Seite 1

NATO-SICHERHEITSKONFERENZ IN MÜNCHEN

100 Milliarden für neue Waffen!

der Stachel, die den US-Imperialismus zur Neuaufteilung des Nahen Ostens treiben!)

Folgerichtig werden Begehrlichkeiten wach in diesem riesigen Wirtschaftsraum nach militärischer Eigenständigkeit, ja Unabhängigkeit von der NATO - die immer mehr zum Papiertiger wird. Die WEU wird wieder zum Leben erweckt. Strauß, der Vordenker dieser Westeuropäischen Verteidigungsunion, schaut milde lächelnd herunter.

Nie wieder Krieg!

Ein gutes halbes Jahrhundert hat es gebraucht, um diese Losung aus den Köpfen der Deutschen zu blasen. Die Militarisierung der Gesellschaft galoppiert. Deutsche Soldaten in der ganzen Welt? - kein Problem mehr, seit Schröder und Fischer Gewerkschaften und Friedensbewegung lähmen konnten. Und von ganz Rechts kommt der Ruf nach dem Bundeswehreinsetz im Inneren. Stoiber und Koch kennen das Grundgesetz sehr gut, das nach den Erfahrungen der Weimarer Republik einen solchen verbietet. Doch es sind Wählerstimmen zu sammeln, wenn ein Irrer einen Frankfurter Turm mit dem Segelflieger umkreist. Oder meinen sie den Einsatz gegen streikende Arbeiter?

Wenn sich die Kriegstreiber der ganzen Welt am 7./8. Februar zur „Sicherheitskonferenz“ in München zusammenrotten, müssen deren deutsche gewaltbereiten Teilnehmer konfrontiert werden mit den Forderungen:

Bundeswehr zurück in die Kasernen!

Kein deutscher Soldat irgendwo auf der Welt!

Auflösung des KSK!

Runter mit der Rüstung!

Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!

krm

(1) Februar 2002, Pentagon: „U.S. Forces are joined by a like number of Afghan Fighters and about 200 special operations troops from Australia, Canada, Denmark, Germany, France and Norway.“

PROTESTE

GEGEN DAS TREFFEN DER WELT-KRIEGSELITE GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ IN MÜNCHEN

INTERNATIONALE
SOLIDARITÄT
GEGEN WELTWEITE
AUSBEUTUNG
UND UNTERDRÜCKUNG
NO JUSTICE - NO PEACE!
KEIN KRIEG
GEGEN DEN IRAK!
EINE ANDERE WELT
IST MÖGLICH!



7. FEBRUAR 2003

PROTESTKUNDGEBUNG

17 UHR MARIENPLATZ

8. FEBRUAR 2003

**INTERNATIONALE
GROSSDEMONSTRATION**

12 UHR MARIENPLATZ

Demonstrationsbündnis:

**Bündnis gegen die
NATO-Sicherheitskonferenz**

www.no-nato.de

Spandau: Claus Schreyer, Berlin: 23116-801, Frankfurt: Michael, 021 100 100 00,
Stuttgart: 76 76 76

attac München

www.attac-muenchen.de

Spandau: attac, 030 101 31 30, Oldenburg: 0423 550 901 00, Schwedt: 03 76 36 36 36

Münchner Friedensbündnis

www.muenchner-friedensbueundnis.de

Spandau: Friede auch, Friedebüro 47, 030 100 200 216, Leipzig: 03 730 900 00,
Schwerin: 03 94 34 34

Friedensbündnis ist auch: www.friedensbueundnis.de oder Fax: 030 100 100 00

Wir fordern den Münchner Oberbürgermeister Christian Ude auf, den städtischen Empfang für die Kriegstrategen der sog. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2003 abzusagen.

Unterschreiben und sammeln Sie selbst Unterschriften:



Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Selbstmord treiben, einen in den Krieg führen und so weiter. Einiges davon ist in unserem Staate verboten.
Bertolt Brecht, Buch der Wendungen

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche
Antikriegszeitung**

www.unsere-zeit.de

UZ - Zeitung der DKP

Abo & Information
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

PROTEST GEGEN DAS TREFFEN DER WELT-KRIEGSELITE IN MÜNCHEN

Internationale Solidarität gegen
weltweite Ausbeutung und Unterdrückung
NO JUSTICE – NO PEACE

WIR RUFEN AUF: ZUR INTERNATIONALEN **GROSSDEMONSTRATION** GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ **AM 7./8. FEBRUAR 2003** IN MÜNCHEN

Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest und Widerstand. Wir kritisieren aus unterschiedlichen Positionen weltweite Ungerechtigkeit und staatliche Gewaltpolitik. Diese Vielfalt ist unsere Stärke. Wir sind Teil der weltweiten Widerstandsbewegung, die sich seit Seattle über Genua, Porto Allegre und Barcelona entwickelt hat, und wir lassen uns nicht auseinander dividieren.

Wir erklären den Kriegsstrategen: Ihr seid hier und anderswo unerwünscht.
Wir rufen auf zum Protest gegen die NATO-Kriegskonferenz.

Unsere Proteste werden stattfinden gemeinsam, entschlossen und kreativ. Wir lassen uns das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht nehmen oder durch Verbote einschränken.

Kommt nach München!
Eine andere Welt ist möglich.

STOPPT DEN GLOBALEN KRIEG
der NATO-Staaten –
Nein zum Krieg gegen den Irak

TARIFRUNDE ÖFFENTLICHER DIENST

Erfolg verschenkt!

„Die Kuh ist vom Eis“, „ein Sieg der Vernunft“ und „Birske kann nach diesen Erfolg vor Kraft kaum noch gehen“, so oder ähnlich der Tenor der Kommentare und die Berichterstattung der veröffentlichten Meinung von Presse, Funk und Fernsehen nach dem Abschluß von ver.di. Die Kommunen ächzen und stöhnen lautstark über die untragbare Höhe des Ergebnisses und drohen unisono wie Bund und Länder mit verschärftem Arbeitsplatzabbau. Das Land Berlin hat den angedrohten Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) mittlerweile vollzogen und fordert eine Nullrunde für Arbeiter und Angestellte. Die Tarifverhandlungen in Berlin laufen bereits und das Angebot des Senats beinhaltet nichts außer einer gezielten Provokation für die Beschäftigten. Andere Länder wie Bayern und Baden-Württemberg denken über den Austritt noch nach. Was also ist passiert?

Plündern die KollegInnen nun endgültig die chronisch leeren Kassen? Ist das jetzt der Todesstoß für die Konjunktur? Wenn dem so wäre, könnte man diese hysterischen Reaktionen vielleicht noch verstehen.

Das nackte materielle Ergebnis von 4,4 Prozent bei einer Laufzeit von 27 Monaten und die Einmalzahlung bis zu 185 Euro rechtfertigt jedoch in keiner Weise diese Jammerei. Dieser Kompromiss geht eindeutig zu Lasten der Beschäftigten. Rech-

kommission mit deutlicher Mehrheit so einen Abschluss durch gehen lässt. Allein die massenhafte Beteiligung der KollegInnen, ca. 1,5 Millionen, an den Warnstreiks beweist, die Mitglieder von ver.di stehen hinter der Forderung des Vorstands. Das Argument der leeren Kassen wurde schon zu oft bemüht um noch Eindruck zu machen. Auch die Schlichter waren beeindruckt, die Empfehlung lag um 400 Mio. Euro höher als der endgültige Abschluss.

Das Verhandlungsergebnis und die Zustimmung unserer gewählten und angestellten (bezahlten) Funktionäre ist eine Zumutung für die Basis und alle Vertrauensleute, die nun alle Hände voll zu tun haben, die Scherben ein zu sammeln und zu kitteln. Das wird nicht in jedem Fall gelingen und die ohnehin nicht leichte Gewerkschaftsarbeit in Verwaltung, Betrieb und Behörden noch mehr erschweren. Viele Mitglieder der Tarifkommissionen sind Personalrats- und Betriebsvorsitzende. Immer öfter stelle ich mir die Frage: Reden diese nicht mehr mit ihren KollegInnen, kennen sie die Stimmung an der Basis überhaupt noch. Oder bekommt man kraft Amt den besseren Über- bzw. Durchblick, den wir Vertrauensleute und normale Mitglieder selbstverständlich nicht haben können? Trübt der tagtägliche Umgang mit Politikern gleich welcher Partei, Verwaltungs- und Behördenleitern die klare Sicht auf die tatsächlichen Probleme und Nöte der KollegInnen. Verwässert das Verständnis für die „Nöte“ der öffentlichen Ar-



Odeonsplatz am 10. Dezember 2002: 1.200 Kolleginnen und Kollegen verschiedener städtischer Betriebe beim Warnstreik

net man alle Zugeständnisse von ver.di wie Wegfall des AZV-Tages, Kürzung der Anhebung der Dienstaltersstufe um 50 Prozent für ein Jahr, Verschiebung der Gehaltserhöhung BAT 3 aufwärts um 3 Monate sowie weiterhin die Einfrierung sprich Kürzung der Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) bis 2005 in den Abschluss mit hinein bleiben magere 2 Prozent jährlich übrig! Gemessen an der „ehrlichen“ Forderung ver.di's von 3 Prozent plus x bei einer Laufzeit über 12 Monate ein beachtlicher Schwund. An der nicht vorhandenen Kampfkraft der KollegInnen kann es nicht gelegen haben, dass die große Tarif-

kommission mit deutlicher Mehrheit so einen Abschluss durch gehen lässt. Allein die massenhafte Beteiligung der KollegInnen, ca. 1,5 Millionen, an den Warnstreiks beweist, die Mitglieder von ver.di stehen hinter der Forderung des Vorstands. Das Argument der leeren Kassen wurde schon zu oft bemüht um noch Eindruck zu machen. Auch die Schlichter waren beeindruckt, die Empfehlung lag um 400 Mio. Euro höher als der endgültige Abschluss.

Fortsetzung auf Seite 6

Leserbrief

Hallo Auf Draht,

ich habe zum Artikel über BMW in eurer Zeitung was anzumerken.

Wir machen am Tag 881 Autos in 2 Schichten, wenn das Band keine Störungen hat. Wir bauen den 3er und den Compact. Ihr habt wohl die Stückzahlen nur für den 3er aus dem Internet gefischt. Wir bauen nur den 3er mit 4 Türen, das Coupe wird in Regensburg gebaut. Von der Motorisierung geht es vom 316 bis zum 330er. Eure Rechnung stimmt also nicht ganz.

Ich finde es gut, wenn die Kollegen sehen, wieviel aus ihnen herausgeholt wird. Mitte Dezember ist gerade die Stückzahl pro Tag um 50 Autos erhöht worden, in der Montage ist der Takt von 72 auf 68 Sekunden pro Auto gesenkt worden und wir hatten darüber eine heftige Auseinandersetzung bezüglich der Akkorde (Austaktung).

Die Kollegen an den Bändern wissen, das sie wie eine Zitrone ausgequetscht werden. Ich hoffe, in eurer Zeitung kommt etwas dazu, wie wir uns dagegen wehren können. Es steht ja gerade die Frage, ob die IGM den Manteltarif zur Wochenarbeitszeit zum 31.4.2003 kündigt und wie auf dem letzten Gewerkschaftstag beschlossen, den Kampf für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich aufnimmt.

Gruß N.N.

(Name der Red. bekannt)

Der Kollege hat recht! Leider mussten wir erfahren, dass die bayerische IG Metall-Tarifkommission voraussichtlich nicht den MTV kündigen wird.

Wenn wir die Rechnung in der letzten Auf Draht (12/02) mit den neuen realen Zahlen von dem Kollegen aufmachen, kommen wir auf 3 Hunderter täglich, die jeder BMW-Kollege in München den Kapitaleignern abtritt! Wir hatten mit unseren geschätzten Zahlen nur 150 Euro errechnet.

Die Auf Draht-Redaktion

Auf Draht-Quiz

Galileo ist

- A: Ein historischer Freiheitskämpfer Italiens
- B: Ein Mathematiker im Pisa des 17. Jahrhunderts
- C: Die europäische Alternative zum GPS
- D: Ein früher Anhänger des Christentums



Flughafen am 17. Dezember 2002: 6 Stunden Warnstreik der Kollegen von Feuerwehr und Bodendienst

Fortsetzung von Seite 5

TARIFRUNDE ÖFFENTLICHER DIENST

Erfolg verschenkt!

beitgeber etwa die Erkenntnis, dass die Aufgabe der Gewerkschaft in erster Linie die Interessenvertretung ihrer Mitglieder ist, wenn nötig auch mit Streik. Ein Jagdhund, der zur Jagd getragen werden muss, wird seiner eigentlichen Aufgabe nicht gerecht und somit überflüssig. Eine Gewerkschaft die immer wieder ihre Mitglieder verprellt, ihre Multiplikatoren, die Vertrauensleute, mit unverständlichen, nicht nach-

Kurz & bündig

Lufthansa bestreikt! Trifft das schon wieder die sog. Öffentlichkeit? Nein. Schon eher die Manager, die mit dem 7-Uhr-Flieger nach D-Dorf jetten, um Entlassungspläne zu beraten oder eine Bilanz zu fälschen.

Siemens-Boss Pierer findet es bedenklich, dass der überwiegende Teil der Abgeordneten von Rot-Grün einer Gewerkschaft angehören. Er kritisiert die „massive Einflußnahme der Gewerkschaften“ auf die Regierung. Wenn die Befürchtungen Pierers berechtigt sind, dann können wir uns gut vorstellen, was eine Stoiberregierung auf uns losgelassen hätte!

25 Millionen Euro für vier ausgeschiedene Manager der **Telekom** wurden in 2002 „rückgestellt“. Vertragliche Verpflichtungen seien zu erfüllen, so der Vorstand. Alleine in Bayern sind 700 von 2.800 Arbeitsplätzen im Bereich Netze bedroht. In Sorge, ihre Verpflichtungen nicht erfüllen zu können, haben 1.500 Telekom-KollegInnen in Nürnberg demonstriert.

Betriebsbedingte Kündigungen sind kein Tabu mehr. **DaimlerChrysler** will 800 Arbeitsplätze in Mannheim abbauen und die Kabelsatzfertigung nach Osteuropa verlagern. Es ist keine Rede mehr von „sozialverträglich“.

Auch am **Siemens-Standort** Hofmannstraße Kapitalismus pur: 8 Minuten für jede der 346 heißen Kündigungen bleiben dem Betriebsrat, wenn er ordnungsgemäß innerhalb einer Woche widersprechen will. Denn nur so hat der Betroffene eine Chance am Arbeitsgericht. Also Rache des Konzerns für die - von Belegschaft und Betriebsrat - verhinderten 2.000 Kündigungen. Aber das Gesetz ist auf ihrer Seite, wie ein Kapital-sprecher betonte.

vollziehbaren Beschlüssen vor den Kopf stößt, läuft keinesfalls Gefahr, ein Jagdhund zu werden. Wem nützt das Gewäsch von einer ehrlichen Tarifforderung, wenn die gewählten Gremien immer dann, wenn es zum Schwur kommt, klein beigeben. Nicht böse sein, liebe Arbeitgeber, war ja alles nicht so gemeint.

Dieser Abschluss wird seine Wirkungen über den öffentlichen Dienst hinaus haben. Die übrigen Gewerkschaften haben für das Jahr 2004 eine Vorgabe von nicht einmal 2 Prozent. Darüber freuen sich sicherlich BDI, BDA und DIHK, die KollegInnen bekommen dicke Bretter zu bohren. Wir Ver.dianer müssen wohl oder übel mit dieser Zumutung von Tarifvertrag leben. Als nächstes soll der Bundesmanteltarifvertrag (BMTG II) und Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) überarbeitet werden. Auch ein Ergebnis dieser Verhandlungen. Was die öffentlichen Arbeitgeber wollen ist klar, runter mit den Kosten! Was ver.di will, noch nicht! In diese Diskussion müssen wir uns tatkräftig einbringen, um nicht nochmals Schiffbruch zu erleiden. Ein schweres Stück Arbeit kommt also auf uns zu. Der Erhalt unserer erkämpften Rechte als Richtschnur, nicht die Solidarität mit welcher Regierung auch immer, ist die Vorgabe an unsere gewählten und bezahlten Funktionäre. Sonst könnte es sein, dass wir mangels Qualität diese nicht mehr brauchen, sondern andere KollegInnen, die noch wissen, dass der Klassenwiderspruch auch im 21. Jahrhundert nicht aufgehoben ist.

Trotz alledem!

Adele

Die DKP im Internet:
www.dkp-muenchen.de

Auf Draht

Herausgeber:
**DKP München und
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung
München**

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:
Hans Koller, Lothringer Str. 6,
81667 München, Telefon 448 2271
Druck: Eigendruck im Selbstverlag
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

Auf Draht - Quiz

Auflösung:

A An Garibaldi gedacht? Leider falsch. Trug mit seinen „Rothemden“ um die Mitte des 19. Jhdts. zur Vereinigung Italiens bei. Bekämpfte den Kirchenstaat.

B Fast richtig. Galilei (1564 - 1642), mit Vornamen Galileo, wurde von der Heiligen Römischen Inquisition mit Folter und Tod bedroht, weil er das herrschende Weltbild über den Haufen warf: „Und sie bewegt sich doch!“ (Die Erde). Erst vor einigen Jahren musste er von Papst Woytila rehabilitiert werden.

C Richtig! Galileo soll die Vorherrschaft des US-Imperialismus am Himmel über den Haufen werfen. Das europäische Spionagesystem ist an Genauigkeit und ziviler Verwendbarkeit dem US-amerikanischen GPS (Global Positioning System) weit überlegen. Damit soll auch in diesem Bereich die militärische Unabhängigkeit gesichert werden. 3,3 Milliarden Euro werden die 30 Satelliten kosten, die bis 2008 rund um die Erde aufgehängt werden sollen.

D Falsch. In der Bibel werden die ersten Anhänger des Christentums nach ihrem Herkunftsgebiet gelegentlich als Galiläer bezeichnet. Es sollen ihrer 12 gewesen sein.

Modell Bayern

München in der Sylvesternacht. Krakeelende Nazis in der U-Bahnstation Münchner Freiheit, eine beherzte Münchner greift ein und fordert die Nazis auf, ihr Mundwerk zu halten. Daraufhin schießen diese mit einer Gaspistole. Der Ehemann kommt der Frau zu Hilfe, dummerweise ein Kubaner und somit ausgewähltes Opfer. Er wehrt sich, wirft verständlicherweise mit Steinen auf die Nazis - kurzum Notwehr. Die Polizei trifft ein, nimmt alle mit zur Feststellung der Personalien. Die Mühlen der Justiz beginnen zu mahlen, gegen das Opfer wird ein Ermittlungsverfahren wg. Körperverletzung eingeleitet. (nach AZ vom 2.1.2003)

Im Februar 2002 wird anlässlich der berichtigten Sicherheitskonferenz der Marienplatz von der bayrischen Justiz zur protestfreien Zone bestimmt, da sogenannte radikale Minderheiten (Polizeijargon) anreisen. Im Herbst 2001 sieht die Nürnberger Polizei angesichts tausender Antifaschisten keine Möglichkeit, einigen hundert Nazis (also eine sogenannte radikale Minderheit) eine Demonstration zu ermöglichen. Nach Ansicht des Verwaltungsgerichtes in **Ansbach** ein Rechtsverstoß. „Man muss es respektieren können, dass eine kleine radikale Minderheit das Recht hat, Versammlungen durchzuführen“, so das Gericht. Freiheit für die Nazis, Knüppel für Antimilitaristen - Demonstrationsrecht nach bayrischer Art. (nach SZ vom 17.1.2003)

REFORMPOLITIK VON ROT-GRÜN

Gesundheitspolitik statt Krankheitspolitik

Das Gesundheitswesen der BRD sowie das aller kapitalistischen Länder ist darauf ausgerichtet, die Arbeitskraft von kranken Menschen wiederherzustellen (z.B. wird bei Rentnern aus Kostengründen nicht mehr das Mögliche getan) und nicht, die Gesundheit der Menschen zu erhalten und zu fördern. So werden 90 Prozent der Ausgaben für die Erkennung und Behandlung bestehender Krankheiten verwendet, während der Anteil für Prävention (Vorsorge) und Gesundheitsförderung bei etwa 4 Prozent liegt. Um hier eine Wende herbei zu führen, ist eine Brechung des Profitsystems, d. h. die Enteignung der großen Konzerne, notwendig.

Die Schaffung eines effektiven und für alle zugänglichen Systems von medizinischer Versorgung für das Individuum – das notwendig ist und von dem unser Gesundheitswesen leider weit entfernt ist – hat nicht geringe Bedeutung, denn Krankheitsvermeidung durch gesellschaftspolitische Maßnahmen ist erheblich effektiver als Behandlung und selbst Früherkennung von Krankheiten.

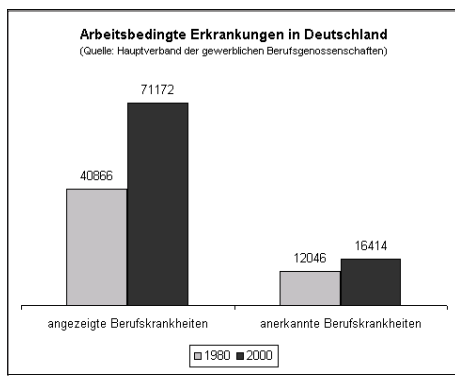
Forderungen der Kommunisten zur Gesundheitspolitik.

Die Funktion der Medizin in der kapitalistischen Gesellschaft ist es, die Wiedereingliederung des Kranken in den Produktionsprozess zu ermöglichen. Damit dient sie auch der Dämpfung von sozialen Spannungen, einem Umstand, dem wir ja die Einführung der Krankenversicherung unter Bismarck verdanken. Dieser wollte mit sozialen Reformen die Arbeiterschaft der damals noch revolutionären Sozialdemokratie entfremden und an das bestehende Gesellschaftssystem binden, während heute die Kapitalisten soziale Reformen nicht mehr für notwendig halten bzw. den Sozialstaat Stück für Stück zurückfahren wollen.

Wenn aber eine Hauptursache von Erkrankungen die Arbeitsbedingungen im Betrieb und die Umweltverschmutzungen sind und wenn die Medizin die Aufgabe hat, uns für den täglichen Arbeitsstress möglichst schnell wieder fit zu machen und damit den Gewinn des Unternehmers zu sichern, dann soll dieser das auch bezahlen! D.h. die Kommunisten fordern die Finanzierung des Gesundheitswesens durch den Staat, wozu von den Unternehmern Abgaben erhoben werden sollen.

Um diesem (natürlich schwierig durchzusetzenden) Ziel einer kostenlosen Gesundheitsversorgung durch den Staat näher zu kommen, ist als erster Schritt eine einheitliche Krankenversicherung für alle anzustreben, damit die schädliche Konkurrenz der Kassen beendet werden kann. Denn damit würden die Verwaltungskosten erheblich gesenkt, die Werbung entfiel

und die Versuche, sich gegenseitig die Mitglieder durch „Sonderangebote“ abspens-



tig zu machen. Die Versicherungspflicht muss dann auf die ganze Bevölkerung ausgedehnt werden, damit auch die Reichen sich nicht entziehen können.

Die einheitliche Krankenkasse braucht natürlich Kontrolle, d. h. die demokratische Kontrolle der Versicherten, die sie leiten und verwalten.

Die Selbstverwaltungskörperschaft der Krankenkasse stellt dann alles medizinische Pflegepersonal an, sie betreibt die Krankenhäuser, die Reha-Einrichtungen, die Ambulatorien und Polikliniken usw.

Entscheidend ist weiter, dass Forschung, Herstellung und Verteilung der Medikamente kontrolliert und die Profite der Pharmaindustrie durch staatlich festgelegte Preise begrenzt werden.

Alles unvorstellbar im Kapitalismus?

In Schweden und Großbritannien war vieles davon verwirklicht.

So war das schwedische Gesundheitssystem verstaatlicht und weitgehend kostenlos.

Auch in England wurde der National Health Service (der nationale Gesundheitsdienst) aus Steuergeldern finanziert. In Schweden garantierte das staatliche Gesundheitswesen die Begrenzung der Pharma-Profite und auch in England fand eine gewisse Kontrolle darüber statt. In beiden

Ländern betragen die Ausgaben für Medizin nicht mehr als 10 Prozent der Kosten im Gesundheitswesen.

Die Voraussetzung dafür war „lediglich“ eine kämpferische Arbeiterklasse, die entschlossen war umzusetzen, was die UN-Organisation WHO definiert hat: Gesundheit ist ein Gut, das jedem Menschen ungeachtet des Geschlechts, der Hautfarbe oder der ökonomischen Lage gleichermaßen zusteht.

Im „Wanless Report“ (benannt nach Derek Wanless, dem ehemaligen Chef der National Westminster Bank) ist die Erkenntnis über die Effektivität des National Health Service auch heute noch festgehalten. Es sei der kostensparendste Weg zur Finanzierung des Gesundheitswesens und der Verteilung auf eine größtmögliche Bevölkerung heißt es dort. Allerdings werden die britischen Arbeiter und Angestellten einig sein müssen, um dieser Erkenntnis wieder zur Umsetzung zu verhelfen.

Auch in Deutschland gab es wenigstens Ansätze in dieser Richtung: in den zwanziger Jahren gab es auf Initiative der Arbeiterbewegung eigene medizinische Einrichtungen von den Krankenkassen.

In einem sozialistischen Staat wird die Gesellschaft noch weiter gehen können und müssen:

- Der gesamte medizinisch-industrielle Komplex, d.h. vor allem die Pharmaindustrie und die Medizingerätehersteller, muss in öffentliches Eigentum überführt werden. Sonst werden die Investitionen und Forschungsmittel nach wie vor dort eingesetzt, wo die größten Profite zu erwarten sind, bei Pillen wie Viagra z.B., und nicht wo der größte Bedarf herrscht, bei den chronischen Krankheiten nämlich.

- Der Schwerpunkt der Gesundheitspolitik wird auf die Prävention und Vorsorge gelegt werden, um möglichst schon die Entstehung von Krankheiten zu verhindern.

- Private Arztpraxen werden abgeschafft, und die Ärzte werden auf Stadt und Land gleichmäßig verteilt (um der Unterversorgung des Landes, die heute schon besorgniserregend ist, zu begegnen), wo sie in staatlichen oder kommunalen Kliniken und Gemeinschaftspraxen arbeiten.

- Die Aus- und Weiterbildung der Ärzte, die bisher weitgehend im Bereich der Ärzte selbst liegt, wird öffentlich kontrolliert und konzipiert.

Dass am Gesundheitswesen niemand mehr Profit heraus schlagen kann, ist die wesentliche Voraussetzung für eine gute medizinische Versorgung. Das Gesundheitssystem der DDR z.B. war durchaus verbesserungswürdig, aber es hat auch nach Einschätzung von westlichen Experten vergleichbare Leistungen wie das der BRD erbracht – und das bei einem Viertel der Kosten!

Gwendolin



Fortsetzung von Seite 1

EIN TEUTSCHER MINISTERPRÄSIDENT

Vorsicht vor Herrn Koch!

ben, da holte Herr Koch, derzeit hessischer Ministerpräsident, zum Schlag aus. Es sei „eine neue Form von Stern an der Brust“, warf er dem ver.di-Vorsitzenden Bsirske vor, wenn die Namen von Vermögenden genannt werden. Bsirske hatte bei einer Kundgebung in Berlin gesagt, es sei nicht einzusehen, dass die Beschäftigten dafür Lohnverzicht üben sollten, dass den Reichen weiterhin die Vermögenssteuer erlassen wird. Und er nannte Namen: die Familie Holtzbrinck mit einem geschätzten Familienvermögen von fünf bis 6 Milliarden Euro, Gloria von Thurn und Taxis... Koch spielte mit seinem Vergleich auf den gelben Stern an, den jüdische Menschen während des Faschismus als Erkennungsmerkmal tragen mussten.

Eine bewusste Fälschung der Geschichte

Dieser Vergleich schlägt nun wirklich dem Fass den Boden aus. Es waren die Reichen, die Monopolherren, Flick, Thyssen, Krupp, Siemens, die Bankiers Kurt Freiherr von Schröder und Hjalmar Schacht, die Anfang Januar 1933 beschlossen hatten, Hitler mit seinem ganzen mörderischen, antisemitischen Programm, durch sein Buch „Mein Kampf“ allseits bekannt, an die Macht zu bringen. Und es waren die bewusstesten Arbeiter, die in großen Demonstrationen und Kundgebungen gegen die drohenden faschistische Diktatur auf die Straße gingen, als Hitler von Hindenburg am 30.1.1933, vor 70 Jahren, zum Reichskanzler ernannt worden war.

Es waren eben jene Monopolherren, die davon profitierten, dass Hitler den Widerstand der Arbeiterbewegung gegen sie und ihre kriegerischen Pläne durch den faschistischen Terror brach und dann die Volksgemeinschaft „der Deutschen“ formierte gegen „die Juden“ - Arbeiter, Angestellte,

Handwerker, Professoren, Kapitalisten. Denn nachdem diese Volksgemeinschaft im Inneren formiert war, konnten die kriegerischen Pläne der Monopolherren verwirklicht werden. Die Deutschen wurden in den Krieg geschickt – gegen den „jüdischen Bolschewismus“ in der Sowjetunion und gegen das weltweite „Finanzjudentum“, in Frankreich, England, der USA. Für Absatzmärkte und Rohstoffe zu Gunsten der Herren der Banken und Konzerne.

Was will Herr Koch?

Es ist ein Vorstoß, die Arbeiterbewegung endgültig zu diskreditieren, die Arbeiter mundtot zu machen, wenn sie in den immer schärfer werdenden Tarifauseinandersetzungen erfahren, dass es Klassen gibt in diesem Land und wir nichts bekommen, wenn wir es den Kapitalisten nicht nehmen, indem er diesen Kampf mit dem rassistischen Antisemitismus gleich setzt. Deswegen Funktion war und ist es ja gerade, die Klassengegensätze zu übertünchen und die Arbeiter in eine Volksgemeinschaft mit den Kapitalisten zu pressen und für deren Interessen marschieren zu lassen.

Gleichzeitig läßt Koch die alte, antisemitische, scheinbar antikapitalistische Demagogie vom „reichen Juden“ anklingen. Denn bei den Reichen fällt Herrn Koch nur der Judenstern ein.

Natürlich hat er es so nicht gesagt und er hat sich ja auch entschuldigt. Entschuldigt bei Herrn Bsirske, nicht aber bei den Menschen jüdischer Herkunft. Nicht dafür, dass er die Entrechtung, Vertreibung und schließlich den millionenfachen Mord an ihren Vorfahren mit dem ja durchaus bequemen Leben einer Familie Holtzbrinck verglichen hat. Doch sein Vorstoß bleibt im Raum, so wie Herr Koch Ministerpräsident bleibt und wieder zum Alltag und seinen Angriffen auf die Demokratie und Arbeiterbewegung übergehen kann, als wäre nichts geschehen.

Wir sollten uns vor Herrn Koch in Acht nehmen!

gr

Hessens CDU-Ministerpräsident Koch, der schon mal Schwarzgelder seiner Partei als jüdische Vermächtnisse deklariert, wenn es für ihn darum geht, wie weiland Pilatus seine Hände in Unschuld zu waschen.

VOR 70 JAHREN:

Verbrecher kamen an die Macht

Am 30. Januar 1933 wurde eine Regierung über Deutschland eingesetzt (1), deren wichtigste Mitglieder Verbrecher vom Schlage derer waren, die heute Ausländer durch die Straßen jagen oder ihre Häuser anzünden. Als Aufputz waren noch einige Vertreter rechtskonservativer Parteien geduldet. Der Rassismus wurde zum Staatsprinzip erhoben. Er fand seinen Höhepunkt in dem - bisher auf der Welt einzigartigen - behördlichen Massenmord an 6 Millionen jüdischen Bürgern.

Die ersten Handlungen der braunen Machthaber waren jedoch gegen die Arbeiterbewegung gerichtet!

Zehntausende Funktionäre aus Arbeiterparteien und Gewerkschaften wurden verhaftet. Sie wurden in die KZ verschleppt, viele wurden gefoltert und ermordet.

Die Hirne wurden verkleistert

Das alles diente nur dem einen Ziel: Nicht mehr Klasse gegen Klasse sollte stehen, sondern Rasse gegen Rasse.

Die Arbeiter waren ihrer Organisationen beraubt. Umso besser konnten die Hirne der Menschen verkleistert werden. Keiner war mehr da, um wirksamen Widerstand zu leisten. Nur so war es möglich, später, 1939, Arbeiter gegen Arbeiter hetzen zu können - im 2. Weltkrieg als Soldaten an allen Fronten Europas. So wurde endlich der Profit wieder seinen altgewohnten Höhen zugeführt: „Betriebsführer“ statt Betriebsverfassung, Kriegswirtschaft gegen Arbeitslosigkeit, „Lebensraum im Osten“ gegen slawische „Untermenschen“...

Ist es schon wieder so weit?

Nein. Aber es steht den Arbeitern und Angestellten und ihren Gewerkschaften gut an, sich daran zu erinnern, in wessen Auftrag ihre ureigensten Organisationen damals zerschlagen wurden. Der 30. Januar 2003 ist also ein brauchbares Datum, daran zu erinnern, dass Faschismus von Kapitalismus kommt.

krr

(1) Durch einen Brief im November 1932, den die wichtigsten Vertreter des großen Kapitals unterzeichnet hatten, war Reichspräsident Hindenburg angewiesen worden, den Faschistenführer Hitler zum Reichskanzler zumachen